



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Michael Schrodi: „Verhinderungstaktik der Bayerischen Staatsregierung bremst kostengünstige Erneuerbare Energien aus!“

Olching, 28.01.2022

Michael Schrodi, MdB

Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142 501 0589
Fax: +49 8142 501 3962
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Otto-Wels-Haus
Raum: 5.027
Telefon: +49 30 227-77541
Fax: +49 30 227-70541
michael.schrodi@bundestag.de

Finanzpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

Mitglied des Umweltausschusses

Die Energiepreise steigen und machen die Hälfte der derzeitigen Inflationsrate aus. Preistreiber sind die fossilen Energieträger. Neben schnell wirksamen Maßnahmen, um über die derzeit hohen Kosten für kleine und mittlere Einkommen hinwegzuhelfen, braucht es nach Ansicht von Michael Schrodi gerade in Bayern eines: den schnellen Ausbau der Windkraft- und Solarenergie.

In dem am Freitag vorgestellten Jahreswirtschaftsbericht spricht die Bundesregierung vom „Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen“ mithilfe des Klimafonds. Die neuen Regierungsfractionen haben im Koalitionsvertrag zukunftsweisende Maßnahmen für den Ausbau Erneuerbarer Energien formuliert, darunter das Ziel, für die Windenergie an Land zwei Prozent der Landesflächen auszuweisen. „Doch wenn es darum geht, konkrete Maßnahmen umzusetzen, ist der Freistaat Bayern einer der größten Bremser“, kritisiert Schrodi. „Es ist höchste Zeit zu handeln. Die bayerische Staatsregierung kann sich nicht mehr hinter fadenscheinigen Ausreden verstecken, sonst droht uns ein massiver Energie-Engpass und weiter steigende Energiepreise“, sagt Schrodi, der auch stellvertretendes Mitglied im Umweltausschuss ist.

Die Liste der Söder-Versäumnisse sei „lang und wird immer länger. So hatte der Ministerpräsident schon vor langer Zeit eine Solarpflicht für Dächer angekündigt“, er scheine diese Ankündigung jedoch vergessen zu haben. Ebenso sein Ziel, bis 2040 klimaneutral zu werden. Eines sei sicher: „Wenn es um den Ausbau Erneuerbarer Energien geht, dann mahlen die Mühlen bei der CSU sehr sehr viel langsamer, als sich jedes bayerische Windrad drehen würde: Da herrscht Stillstand“, sagt Schrodi.

Einen kleinen Hoffnungsschimmer habe es beim Gespräch zwischen Bundesminister Habeck und Ministerpräsident Söder in der vergangenen Woche gegeben; kleinere Zugeständnisse wurden in Aussicht gestellt. „Allerdings kann die sogenannte 10-H-Regelung“, wonach Windräder von Wohnflächen zehnmal weiter



entfernt sein müssen als die Höhe des Windrades, „keinesfalls mehr ein Maßstab sein. Sollte die 10-H-Regelung Bestand haben, kommen nur etwa 0,05 Prozent der nutzbaren Flächen für Windenergie infrage“, gibt Schrodi zu bedenken.

Statt Windkraft zu fördern, wie es ja selbst propagiert worden sei, hemme die Staatsregierung den Ausbau vielmehr. Wie dringlich die Lage sei, zeige eine Anfrage im bayerischen Landtag: 2020 waren lediglich drei Genehmigungsanträge für neue Windräder eingegangen, im ersten Quartal 2021 kein einziger. „Anreize für die Wirtschaft und Arbeitsplätze schaffen in jungen Branchen – das sieht anders aus“, sagt Schrodi, „ganz zu schweigen von einer verantwortungsbewussten Umweltpolitik“. Man werde diese „Verhinderungstaktik“ ebenso klar ansprechen wie die Versuche, die Bundespolitik für den schleppenden Ausbau der Erneuerbaren verantwortlich zu machen.

Schrodi betont an dieser Stelle, dass allen skeptischen Kommentaren zum Trotz die Windenergie nachweislich geeignet sei, den Strombedarf in den Landkreisen Fürstentum und Dachau maßgeblich zu decken. Für Fürstentum würden, parallel zu einem Photovoltaik-Ausbau, laut wissenschaftlicher Schätzungen acht bis zehn Windräder genügen – machbar halten Experten 20 bis 30. Außerdem haben die bereits bestehenden Windkraftanlagen laut Medienberichten mehr Strom produziert als erwartet.

Ein Problem speziell im Landkreis Fürstentum sei die Herabsetzung der Mindestflughöhe für militärische und zivile Zwecke aus dem Jahr 2020, die den Bau einer Windkraftanlage in der Nähe des Flughafens Jesenwang erheblich behindern. „Eine Wiederanhebung der Flughöhe würde uns die Möglichkeit geben, schon recht bald eine neue Anlage einzuweihen“, sagt Schrodi. Im Koalitionsvertrag sei festgehalten, auch in windärmeren Gebieten den Ausbau zu forcieren und die dafür nötigen Flächen zu finden – Schrodi möchte in seinem Heimatwahlkreis für dieses Ziel kämpfen.